



M B I



MBI

32 Monate sind seit der letzten Kommunalwahl vergangen, 28 Monate bis zur nächsten stehen noch bevor, also Zeit für

MBI-Halbzeitbilanz zum Sommer 2007:

Ruhrbania, PPP, Demokratiezerfall: "Mülheim - Quo vadis?"

Die MBI wurden bei der Kommunalwahl 2004 mit 7200 Stimmen und 10,3% drittstärkste politische Kraft in Mülheim. SPD und CDU, zusammen über 10.000 Stimmen Verlust, schlossen sich sofort danach zur Großen Koalition zusammen und versuchten, den weiteren Wahlverlierer FDP, häufig auch die Grünen, mit ins Boot zu nehmen zu einer Art "staatstragenden" Einheitspartei, die fast alles abnickt, was die Verwaltung vorlegt. Zusätzlich eine unüberschaubare Zahl von Lenkungsgruppen u.ä., in denen alles vorgemauschelt werden sollte. Die demokratischen Gremien aber wurden zusehends zur Farce. Keine, nichtssagende oder wissentlich falsche Antworten von Dezernenten und Amtsleitern auf MBI-Fragen machten Rat- und Ausschusssitzungen häufig zu Veranstaltungen, die menschlich schwer zu ertragen sind und politisch an "Kasperletheater" erinnerten.

Die Quasi-"Einheitspartei" versuchte Pflöcke einzuschlagen für ihr Sammelsurium mit dem Kunstnamen Ruhrbania, hauptsächlich aber für die geplante Flaniermeile als Ruhrpromenade in den Ost-ruhranlagen. SPD/CDU beeilten sich, ihre verabredeten Pöstchen schnell zu verteilen und veranstalt(et)en dabei ein Pöstchenkarussell ohnegleichen.

In vielen Punkten aber wurden sie von den Realitäten eingeholt und überholt:

Schwindelerregendes Haushaltsdesaster, anhalten-der Widerwille vieler Mülheimer / innen, Ruhrbania



toll zu finden, der geplatzte Wunschtraum, durch Hartz IV im Optionsmodell die Stadtkasse aufzufüllen, der riesige, sich auftürmende Sanierungsstau an Schulen und Sportstätten, Ruinenabrisse Nordstadt, vergessene Bergbaufolgeschäden enormen Ausmaßes wie an der Mühlenstraße und, und, und Daneben ziehen schwere Gewitterwolken auf bedingt durch Zuschusskürzungen von Land und Bund (Nahverkehr, Hartz IV, Kinder- und Jugendeinrichtungen usw.), Schließungen kirchlicher Einrichtungen und steigenden Zinsen. Gleichzeitig und unabhängig davon müsste Erdbebenwarnung höchster Stufe wegen dem selbst erzeugten Chaos vor Ort ausgerufen werden: Großbaustelle Innenstadt, Umzug Rathausteile in den SWB-Turm, Umzug Bürgeramt in ex-Möbel-Nohlen, Umzug Bücherei in das Medienzentrum (das im leer gezogenen Bürgeramt noch entstehen muss), das zu erwartende finanzielle Desaster der MVG (weniger Zuschüsse vom Land, mehr Zuschüsse von der Stadt für Reparatur 901 und U 18), Steuernachzahlung medl für das MVG-Abenteuer von zig Millionen, explodierende Kassenkreditvolumen und immer abenteuerlichere Finanzierungsmodelle wie Derivate oder Forfaitierung. MST, M&B, MEG als Fässer ohne Boden, die MST dabei im freien Fall,

und alles noch lange bevor der 1. Stein zur Ruhrpromenade gelegt ist!

Parallel häuften sich die Konflikte zwischen Stadt und Bevölkerung: Orgien von Gaspreiserhöhungen, nicht nachvollziehbare Anliegergebühren für Straßenausbau (Beispiel Semmelweisstr.), absurde Hinterliegergebühren für Straßenreinigung, Erhöhung Abwasser- und Kindergartengebühren, Schulleiterwahlen gegen das Votum der Schulkonferenz, Toilettennotstand an Hbf, Schleuseninsel und demnächst auch am Rathausmarkt.....

Demokratie auf Mölmsche Art

Irgendwo zwischen Demokatur, Demophobie und Chaos?

Seit den Kommunalwahlen vom September 2004 gibt es folgende Sitzverteilung im Rat der Stadt Mülheim: SPD 20 Sitze, CDU 17 Sitze, MBI 5 Sitze, Grüne 5 Sitze, FDP 3 Sitze, WIR 2 Sitze

Bezogen auf einige der wichtigsten Mülheimer Themen und gemäß der im Wahlkampf bezogenen Positionen bedeutete das:

1. Flughafen: eine Mehrheit aus CDU, MBI und Grünen ist gegen den Ausbau
2. Freibad Styrum: eine Mehrheit aus SPD, MBI und WIR ist gegen das Naturbad
3. Altstadt: eine Mehrheit aus CDU, MBI und Grünen ist für eine behutsamere Aufwertung der Altstadt unter Einbeziehung aller Betroffenen, aber mit weniger Dominanz durch von Emmerich
4. Heimaterde: eine Mehrheit aus SPD, MBI und Grünen ist für sofortigen Denkmalschutz
5. Ruhrbania: eine Mehrheit aus CDU, MBI und Grünen hat große Bedenken gegen die Umsetzung des Siegerentwurfs des Wettbewerbs „Ruhrpromenade“

Was aber geschah in den fast 3 Jahren seither, um den Wählerwillen umzusetzen?

1. Vom Flug- zum Fluchhafen: Die unendliche Geschichte Essen/Mülheim

Die Große SPD/CDU-Koalition vereinbarte eine Art Stillhalteabkommen, zum Flughafen keine Beschlüsse zu fassen. Das aber bedeutete, dass der unsägliche 1-Stimmen-Mehrheitsbeschluss per Überläuferstimme von Yassine aus Sept. 2001 weiter gilt, nämlich den Flughafen zum Geschäftsflughafen auszubauen. Damit hatten OB Mühlenfeld und Geschäftsführer Eismann die Legitimation, weitere Versuche Richtung Düse zu versuchen. Mit Unterstützung von RP Büssow und Minister Wittke ließen sie nichts aus: Die Baumfällung am Galgenhügel scheiterte aber bei Gericht, die Probedüse von Wittke an der Gesetzeslage und die Ausnahmegenehmigungen an fehlender Nachfrage selbst während der Fußball-WM. Dennoch arbeitet Eismann fieberhaft weiter gegen Ratsmehrheiten, verschleudert Geld, Zeit und Energie für Gutachten, Akquirierungsversuche usw..



Gleichzeitig verstärkte sich der Fluglärm durch An- und Abflüge von und nach Düsseldorf, insbesondere über Mintard und Heißen. Bei dem traurigen OVG-Urteil für mehr Nachtflüge sah Mülheim als Mit-Kläger ganz schlecht aus, weil die Stadt eben den eigenen Flughafen ausbauen will. Doch auch das Problem wäre längst vom Tisch, hätte der Rat der Stadt nur das Wählervotum umgesetzt und den Yassine-Beschluss rückgängig gemacht.

Doch die CDU will nicht, wegen der Koalition. Beim entsprechenden MBI-Antrag letztes Jahr verhinderte der damalige CDU-Chef Heidrich mit faulen und unerlaubten Verfahrenstricks die Abstimmung. Diese jahrelangen Eiertänze bringen unsere Stadt nicht weiter, vom Schaden für die Demokratie ganz zu schweigen!

Mit der zusätzlich ungelösten Problematik des größten Erdgaslagers in Flughafennähe (mit dem deshalb stillgelegten riesigen Messeparkplatz darüber), mit den dunklen Wolken am Wülkenemper-Himmel aufgrund von US-Prozessen wegen Anlagenbetrugs bei gleichzeitig ungeklärter Vertragslage und bei den diversen Unglücken wie zuletzt der Absturz auf der A 52

hat sich Essen/Mülheim zum echten Fluchhafen gemausert!

2. Naturbad Styrum: Teures Abenteuer wider besseres Wissen!

Als Zugeständnis an die CDU ließen OB und SPD sich auf das Abenteuer mit dem Naturbad ein wider besseres Wissens. 2,8 Mio Euro wurden verbaut und es kam, wie's kommen musste. Bei Spitzensommer musste das Naturbad des öfteren geschlossen werden, die Besucherzahl begrenzt werden, weil die Naturklärung nicht mehr möglich war. Ob das jemals in den Griff zu bekommen sein wird mit der Naturklärung in einem Großstadtbad, ist weiter ungewiss. **Kurzum: Ein unverantwortliches, unnötiges Abenteuer gegen den Wählerwillen!**

3. Altstadt: Schlafendes Dornröschen mit Schlaftabletten beruhigt?

Der Verein „Pro Altstadt“ führte im Frühjahr 2005 eine breit angelegte Befragung der Altstadtbewohner zur Verkehrssituation in der Altstadt durch mit sehr großer Resonanz. Es gab 100%ige Zustimmung für eine verkehrsberuhigte Zone und große Zustimmung zum Thema Anwohnerparken. Die Verwaltung aber verzögerte die auf MBI-Antrag hin beschlossene Bürgerversammlung über 1 Jahr mit immer neuen Ausreden. Auch danach passierte nichts mehr außer der ständig wiederkehrenden Ankündigung, man werde miteinander sprechen. Van Emmerich verkündete alle paar Monate neue große Pläne, doch auch er ist leiser geworden. Einzig die Verlegung der Jobssäule wieder neben die Petrikirche gelang - endlich, denn der MBI-Antrag dazu hatte bereits im Jahre 2000 deutliche Mehrheiten gefunden.

Ein Trauerspiel und ein Armutszeugnis ohnegleichen ist die Entwicklung von Weihnachts- und Adventsmarkt. Der MBI-Antrag, die Altstadt in den Weihnachtsmarkt zu integrieren, wurde bereits 2001 mehrheitlich befürwortet. Doch seitdem nur Blockaden oder Peinlichkeiten wie die Nicht-Genehmigung oder endlose Verzögerung beim Adventsmarkt Kirchenhügel und der aussichtslose Versuch mit dem Rathausmarkt. Es ist kaum glaubhaft, wie der MBI-Antrag, die Weihnachtsmarktvariante am Rathausmarkt abzulehnen und dafür die Altstadt einzubeziehen, über ein Jahr von einem in den anderen Ausschuss verschoben und dann abgelehnt wurde, obwohl bis auf die SPD alle (CDU, FDP und Grüne) in der Presse genau das befürwortet hatten! So wurden dann 2 Weihnachtssaisons verbummelt. Nun soll genau das getan werden, was per MBI-Antrag vor über 2 Jahren hätte geklärt werden können. Und jetzt findet die MST einfach kaum noch Interessenten. **Trauerfall Mülheimer Weihnachtsmarkt und abschreckendes Beispiel Aber bezeichnend:**

Die Altstadt liegt den Ruhrbania-Fans im Rathaus nicht wirklich am Herzen, auch wenn das in Sonntagsreden anders klingt. Wer einem schlafenden Dornröschen wie der Mülheimer Altstadt nämlich dauernd Schlaftabletten verabreicht, will es nicht wachküssen!

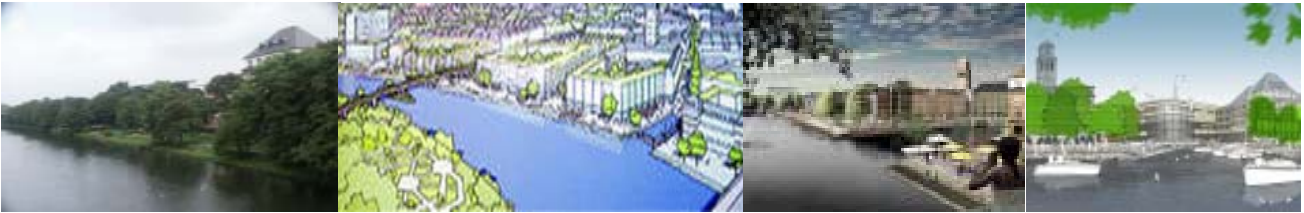
4. Heimaterde darf nicht weiter Spekulantenerde bleiben!

Die MBI-Anträge sofort nach der Wahl 2004, unverzüglich die Heimaterde unter Denkmalschutz zu stellen und MWB sowie SWB dazu zu bewegen, den gesamten Wohnungsbestand von Thyssen-Krupp zu übernehmen, wurden mit lächerlichen Formalismen mehrfach von der Tagesordnung gestimmt. So kam es, wie es in Zeiten der Heuschrecken zu befürchten war: Thyssen-Krupp verkaufte an den US-Fonds Morgan Stanley und die verkauften nach weniger als 2 Jahren weiter an die börsennotierte französische FDL. Reingewinn: 8000 dazwischen verkaufte Wohnungen. Mit der Brechstange und ohne Sozialklausel wie bei den ex-Viterra-Wohnungen wurden insbesondere die Mieter der Heimaterde unter Druck gesetzt zu kaufen oder auszuziehen. Wegen des großen Pressechos geht Immeo seit diesem Jahr freiwillig behutsamer vor, um das beschädigte Image aufzupolieren. Die Stadt Mülheim aber schaute untätig zu. Die MBI-Anträge, zusammen mit den anderen Städten Druck auf Immeo auszuüben, wurden verschoben, ignoriert oder von der Tagesordnung gestimmt. Gleichzeitig kungelte die Stadt weiter mit Immeo um Baugenehmigungen.

Auch der Denkmalschutz kam nur halbherzig voran. Es dauerte bis Ende 2005, bis endlich die Empfehlungen des Landeskonservators aus 2003 in eine Fibel umgesetzt waren, doch immer noch nicht verbindlich. Da nach den ganzen Verkäufen immer mehr Ausnahmegenehmigungen für die neuen Eigentümer das Gesicht der Heimaterde zusehends störten, folgten nun im Mai 2007 Politik und Verwaltung dem MBI-Antrag, noch in diesem Sommer eine rechtverbindliche Denkmalschutzsatzung zu verabschieden und einen Quartiersarchitekten zu bestellen. Spät, sehr spät!

5. Ruhrbania, das ungeliebte Kind: "Morgen wird schöner?" - und die Stadt bankrott....

Hatte die CDU vor den Wahlen 2004 noch Skepsis zu dem Siegerentwurf des Banania-Wettbewerbs, was Finanzierbarkeit und städtebauliche Auswirkungen angeht, so lösten die sich mit der SPD/CDU-Koalition in Luft auf. Ihr Planungssprecher Michels mit anderer Meinung verließ den Planungsausschuss. Die Mülheimer Grünen sind abwechselnd mal für, mal gegen Ruhrpromenadenpläne, zerstritten sich aber mit ihrer Dezernentin Sander, die stur Ruhr-Betonia vorantreibt.

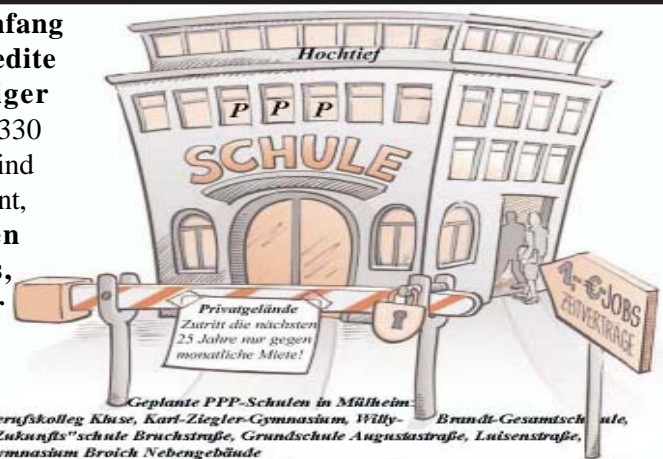


Mülheim ohne und mit Ruhrbania (nach rechts die geschöneren Fassungen)
Tonnenweise Hochglanzbroschüren, hunderte Beisiegel-Vorträge, extra PR-Agenturen, zusätzliche PR-Agenten wie der ex-MEG-Chef Hellmich als Ruhrbania-Koordinator, Ruhrbania-Briefstempel, -Plastiktaschen, -Aufkleber, -Buttons u.v.m. konnten die Mehrheit der Mülheimer/innen auch nach jetzt 4 Jahren Propagandaschlachten nicht für das angebliche "Strategie"projekt begeistern. Der überwältigende Zulauf für das Bürgerbegehren zum Schutz der Ostruhranlagen zeigte das. Ein Bürgerentscheid hätte dem Spuk ganz sicher ein Ende bereitet. Das wurde über die Zulässigkeitsfrage und das Verwaltungsgericht vereitelt. Ein für die Demokratie traumatischer Vorgang. Doch wie sagte Frau Mühlensfeld bei der Bürgerversammlung 2005 im Altenhof: „Repräsentative Demokratie heißt: Wir sind gewählt und machen, was wir für richtig halten, egal wieviele dagegen sind.“ oder Rechtsdezernent Steinfurt in der WAZ: „Die Rechtsberatung der Stadt kann doch nicht so weit gehen, dass ein Bürgerbegehren erfolgreich ist - gegen die erklärte Auffassung der Stadt.“ getreu des Leitspruchs von Sonnenkönigen "Die Stadt bin ich, basta!".

Doch unabhängig von den Tendenzen zu Verkündungsdemokratie, Geheimniskrämerei und der Verselbständigung ganzer Ämter, die Bürger und deren gewählte Vertreter nur als Bittsteller behandeln, stellt sich die Frage, warum der Ruhrbania-Funke einfach nicht zündet. Drei Gründe sind u.a. zu erkennen:

1. Der geplante massive Eingriff in das "Gesicht" der Stadt bei Zerstörung des Gartendenkmals der Ostruhranlagen stört die Identifikation vieler Mülheimer mit ihrer Stadt deutlich
2. Nach jahrzehntelangen immer neuen Innenstadtkonzepten, die alle im Papierkorb oder vermurkst endeten, glaubt kaum eine/r, dass die Ruhrpromenade anders wird. Der Dilettantismus, der sich bei der Großbaustelle Innenstadt dauernd zeigt, das Stadtbad u.v.m. belegen dies.
3. Die Stadt ist bereits hyperverschuldet. Die aufwendigen, kostspieligen Ruhrbania-Maßnahmen werden die Stadt überfordern. Das spüren viele Menschen und sie wissen, dass sie dafür aufkommen müssen. Alle Beteuerungen bisher, das Projekt trage sich von selbst oder werde von einem Investor bezahlt, haben sich logischerweise auch als falsch erwiesen. Das wissen auch viele Bürger und sie wollen die massiven Abgabenerhöhungen und Leistungskürzungen nicht, die aber durch Ruhrbania so sicher sind wie das Amen in der Kirche.

Mülheim finanziert bereits jetzt in hohem Umfang laufende Ausgaben auf Pump über Kassenkredite (Überziehungskredite) bei explosionsartiger Steigerung: 2004 148 Mio., 2005 235 Mio., 2006 330 Mio., in 2007 voraussichtlich 390 Mio. und für 2010 sind schwindelerregende 535 Mio Euro bereits jetzt eingeplant, auch wegen Ruhrbania und den städtischen Vorleistungen (Rathausumzug und -abriss, Bürgeramt, Medienhaus usw. bis hin zur Ruhrpromenade selbst). Deshalb sollen Pflichtaufgaben zumindest teilweise privatisiert werden, als nächstes bei Schulen. Mit dem Zauberwort PPP bzw. ÖPP (Öffentlich Private Partnerschaft) sollen Baufirmen wie Hochtief nicht mehr nur bauen, sondern langfristig auch die Gebäude selbst betreiben. Das ist ein Irrweg, der die Stadt auf Dauer noch mehr verschuldet!



Das Bürgerbegehren "Mülheim bleibt unser" hat genügend Unterschriften gesammelt. Die Erneuerung des Bürgerentscheids gegen Privatisierung soll diesen Irrweg verbieten!